



Anschlagserie in Bayern – es braucht Profis, keine Schnellschüsse

Würzburg, München, Ansbach. Innerhalb von einer Woche war die Sicherheitslage in Bayern gleich mehrfach zum Zerreißen gespannt. Neun Tote, nahezu 40 zum Teil Schwerverletzte, dazu drei tote Täter, das ist die Bilanz. Sowohl die Angriffe im Zug bei Würzburg als auch im Olympia-Einkaufszentrum in München und der Terroranschlag in Ansbach führten zu der Frage, ob die Innere Sicherheit in Deutschland durch die Polizei ausreichend gesichert werden kann und ob die Polizei in NRW auf derartige Anschläge vorbereitet sei bzw. diese verhindern könne.

Natürlich waren schnell wieder diejenigen „Experten“ zur Stelle, die wie bei ähnlichen Vorfällen in den letzten Jahren sofort Patentlösungen aus der Schublade ziehen können. Verschärfung von Gesetzen und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Dieser altbekannte politische Aktivismus hat die viel wichtigeren Fragen, ob im Vorfeld die Taten zu verhindern waren, ob genau genug hingeschaut wurde und wie die polizeiliche Krisenbewältigung gelaufen ist, in den Hintergrund gedrängt.

Letztendlich kann vor allem eines festgestellt werden: Die Polizei hat bei den jeweiligen Anschlägen professionelle Arbeit geleistet. Weder durch eine Verschärfung des Waffengesetzes noch durch den Einsatz der Bundeswehr hätten die Anschläge verhindert werden können oder hätte mehr getan werden können, als die Polizei getan hat. Der Täter von Würzburg wurde gestellt und, als er auf eine Entfernung von ca. 1,5 Metern die SEK-Beamten mit einer Axt bedrohte, auf ihn geschossen. Er verstarb an den Schussverletzungen. Beim Attentäter von München war die Polizei schnellstmöglich zur Stelle und hat dadurch wahrscheinlich mehr Opfer verhindert. Der Tatort wurde großräumig gesichert und der Täter gestellt, der sich

dann selbst erschoss. Beim Bombenattentäter in Ansbach konnte die Polizei erst eingreifen, als dieser sich, nachdem ihn die zuständigen privaten Sicherheitskräfte nicht auf das Festivalgelände ließen, mit einer in seinem Rucksack versteckten Bombe in die Luft sprengte.

Was hätten die vorgeschlagenen Patentrezepte bewirkt? Was wäre besser gelaufen? Hierauf gibt es eine kla-



Foto: picture alliance/SZ Photo

re Antwort – NICHTS wäre anders gelaufen! Das Waffenrecht ist konzipiert, um legal Waffen zu kontrollieren. Wer sich im Darknet Waffen besorgen will, kann durch das Waffengesetz nicht daran gehindert werden. Die Bundeswehr könnte – abgesehen von den damit verbundenen rechtlichen Fragen – auch erst dann eingesetzt werden, wenn ein Terroranschlag unmittelbar bevorsteht oder bereits stattgefunden

hat. Wie hätten mit militärischen Mitteln die Anschläge verhindert werden sollen?

Ernstzunehmender sind da schon die Vorschläge, die besonnenere Experten mit gewissem Abstand unterbreiten: mehr Polizistinnen und Polizisten, die vor allem gut ausgebildet und gut ausgestattet sind und für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit originär zuständig sind.

Nordrhein-Westfalen hat das endlich begriffen. Jährlich sollen zukünftig 2000 neue Polizisten eingestellt werden. Die Sicherheitsausstattung wird verbessert, d. h. zum Beispiel Anschaffung neuer Sicherheitswesten, die auch dem Beschuss durch Langwaffen und Maschinenpistolen standhalten, sowie zusätzlicher Maschinenpistolen mit einem Laservisier.

Weiterhin wird ein neues Trainingsmodul AMOK-TE eingeführt, welches Szenarien des Häuser- und Straßenkampfes beinhaltet und die Eigensicherung unserer Kollegen/-innen im Fokus hat. Das sind angemessene Antworten auf die aktuelle Bedrohungslage. Zwar wird sich die Personal-/Belastungssituation kurzfristig nicht ändern, aber der Trend, die Personalstärke sogar noch zu reduzieren, wurde zumindest gestoppt. Das ist die richtige Antwort auf die Her-

ausforderungen, die derzeit auf die Polizei einströmen, wie Terrorgefahr, Flüchtlingszustrom, Wohnungseinbruchskriminalität, um nur einige zu nennen. Dies alles wird jedoch nicht ausreichen, es sei denn, man will die Menschen in der Polizei verheizen.

Aus Sicht der GdP müssen perspektivisch dringend zwei Fragen geklärt werden: Erstens, ist die Polizeistärke kurzfristig zu erhöhen, und



zweitens, welche Aufgaben soll die Polizei zukünftig übernehmen bzw. von welchen muss sie entlastet werden. Die Polizei hat gerade in den letzten Wochen unter Beweis gestellt, dass sie sehr wohl in der Lage ist, die derzeitigen Bedrohungen zu bewältigen. Natürlich kann eine absolute Sicherheit nicht gewährleistet werden. Niemand wird verhindern können, dass sich ein junger Mensch, der fasziniert ist vom IS, mit einer Axt und einem Messer bewaffnet, in einem Regionalzug Menschen angreift. Anders sieht die Situation beim Attentäter von München aus, aber weniger aus polizeilicher Sicht. Hier hätte eher das soziale Umfeld des Täters die eindeutigen Signale im Vorfeld erkennen und dann handeln müssen. Wenn ein junger Mensch unverhohlen seine Sympathie für den norwegischen Attentäter Anders Behring Breivik zum Ausdruck bringt, sich für den Amoklauf in Winnenden begeistert und sogar den damaligen Tatort besucht und sich mit entsprechender Literatur regelrecht auf einen Amoklauf vorbereitet, hätte das zumindest seinem nächsten Umfeld auffallen müssen. Fragen müssen sich sicherlich auch die ihn behandelnden Psychiater gefallen lassen. Aber die Polizei hätte den Anschlag nicht verhindern können.

Wir brauchen auch keinen erweiterten Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Was wir brauchen sind qualifizierte Er-

Bundeswehreinsatz hätte nichts verändert



Die Amokläufe und der Selbstmordanschlag in Bayern haben deutlich gemacht, dass die Polizei auf Szenarien gut vorbereitet ist. Sowohl die Polizeiarbeit vor Ort als auch die länderübergreifende Zusammenarbeit und die Kooperation mit der Bundespolizei klappte hervorragend. Umso verständlicher ist die sich anschließende Debatte um eine Unterstützung der Polizei durch die Bundeswehr. Eine solche Unterstützung ist durch das Grundgesetz durchaus als Katastrophenhilfe und beim inneren Notstand vorgesehen, aber solch ein Szenario hat in keinem der Fälle vorgelegen – auch nicht in München.

Weitere Zuständigkeiten der Bundeswehr für die Terrorabwehr sind überflüssig, dadurch würde nichts verändert. Terrorismus kann nur durch professionelle Gefahrenabwehr und Ermittlungstätigkeit bekämpft werden. Dazu sind Polizistinnen und Polizisten ausgebildet. In den Ländern gibt es SEKs, bei der Bundespolizei BFE+ und GSG9. Damit ist die Polizei auf Terrorlagen vorbereitet. Wer die Terrorbekämpfung verbessern will, sollte über mehr IT-Experten, eine längere Vorratsdatenspeicherung und bessere Kommunikation der nationalen und internationalen Dienste und Sicherheitsbehörden nachdenken – nicht über die Bundeswehr.



Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

mittler mit einer IT-Expertise, eine Vorratsdatenspeicherung über sechs Monate und nicht für zehn Wochen sowie eine Verbesserung der Information/Kommu-

nikation der nationalen und internationalen Dienste und Sicherheitsbehörden. Dies sind effektive Maßnahmen um Anschläge im Vorfeld zu verhindern.

Frauenförderung – Viel Frust und Verunsicherung, aber auch mehr Beförderungsmöglichkeiten

Seit dem 1. Juli 2016 ist viel Unruhe in der Polizei entstanden. Grund ist die neue Frauenförderung. In der Praxis zeigt sich, dass die Regelung nicht nur erhebliche Unruhe in den Dienststellen verursacht, sondern dass sie mehr Fragen aufwirft, als sie löst. Auf beide Probleme hat die GdP in den vergangenen Monaten immer wieder hingewiesen, ohne dass hierauf reagiert worden ist. Erst am 18. Juli hat die Landesregierung reagiert und durch die Ausschüttung von knapp 2200 Beförderungen dafür gesorgt, dass ein durch eine Klagewelle verursachtes Chaos abgewendet worden ist.

Ein großer Teil dieser Beförderungen kommt durch das Vorziehen

sämtlicher Beförderungen bis zum Ende der aktuellen Beurteilungsrunde zustande. Durch die Verkürzung der Wiederbesetzungssperre auf zwölf Monate kommen aber auch 653 zusätzliche Beförderungen, die es sonst nicht gegeben hätte. Das hat die GdP gefordert.

Ende gut, alles gut? Natürlich nicht. Zum einen bleibt die Aufgabe, für die nächste Beurteilungsrunde, also spätestens bis Mitte 2017, wieder für Transparenz und eine faire Umsetzung der neuen Spielregeln zu sorgen. Zum anderen bleibt die Frage, ob das denn alles wirklich so chaotisch laufen musste. Und da ist tatsächlich einiges schiefgelaufen:

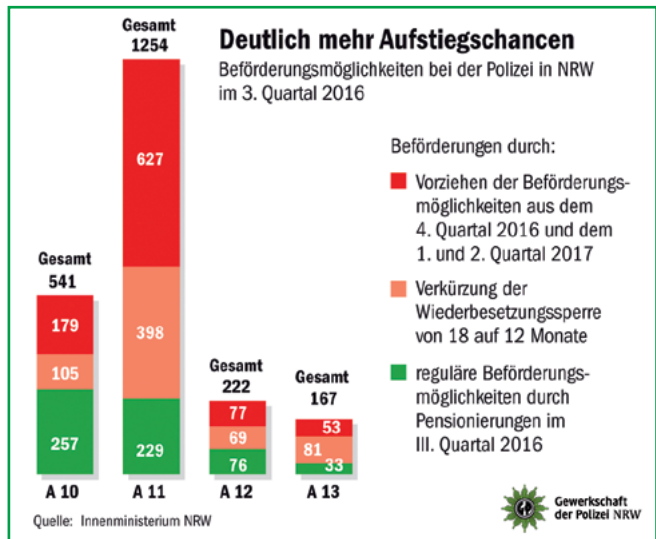
Bereits in ersten Gesprächen mit allen Gewerkschaften auf Arbeitsebene im April 2015 hat die GdP im MIK auf die Sprengkraft des Ansatzes der Landesregierung zur Neuregelung der Frauenförderung deutlich hingewiesen. Dass wir mit unserer Kritik auch im Gewerkschaftslager anfangs völlig allein dastanden, mussten wir zur Kenntnis nehmen. Weil die GdP aber Berechnungen vorlegen konnte, die die dramatischen Auswirkungen im laufenden Beurteilungszeitraum deutlich machten, kam die Möglichkeit in den Referententwurf, für einzelne Geschäftsbereiche durch eine Rechtsverordnung Abweichungen vorzusehen. Für die



GdP keine optimale Lösung, aber ein tragfähiger Kompromiss – unter der Voraussetzung, dass es für die Polizei eine entsprechende Rechtsverordnung geben musste. Seit April 2015 war das MIK damit in der Pflicht.

Das spiegelt sich auch deutlich in den schriftlichen Stellungnahmen der GdP im Beratungsverfahren im Landtag wieder, zuletzt deutlich in der mündlichen Anhörung im März dieses Jahres. Parallel hat die GdP im Ministerium immer wieder darauf gedrungen, dass Ausführungsbestimmungen und Rechtsverordnung vor Inkrafttreten des Gesetzes fertig sein müssen, um ein Chaos bei den Beförderungen ab dem dritten Quartal 2016 zu vermeiden. Noch im April haben wir die Regierungsfractionen schriftlich dazu aufgefordert, das Inkrafttreten von § 19 (6) LBG auf den 1. Juli 2017 zu verschieben. Als klar war, dass die Koalitionsfractionen sich in dieser Frage nicht einigen konnten, haben wir am 1. Juni Innenminister Jäger direkt angeschrieben und ihn nochmals dringend zum Handeln aufgefordert und sind damit auch an die Öffentlichkeit gegangen, als das Gesetz in Kraft trat.

Was bleibt, ist die Feststellung, dass auf ein seit über einem Jahr bekanntes Problem nicht rechtzeitig reagiert wurde. Die zusätzlichen Beförderungen sind richtig, weil sie Zeit verschaffen, sich mit Blick auf die nächste Beurteilungsrunde sauber aufzustellen, und weil sie eine Klagewelle verhindern, die letztlich dazu geführt hätte, dass vorerst niemand mehr befördert werden wäre. Bessere Lösungen wären möglich gewesen, wenn man früher aktiv geworden wäre. Daraus müssen alle Beteiligten jetzt ihre Schlüsse ziehen. Am besten, indem wir jetzt das kurze Zeitfenster bis



Durch die Verkürzung der Wiederbesetzungssperre bei der Polizei von 18 auf 12 Monate und das Vorziehen der Beförderungsmöglichkeiten aus dem vierten Quartal 2016 sowie den ersten beiden Quartalen 2017 können kurzfristig bei der Polizei 2184 Beförderungen nach A 10 bis A 13 ausgesprochen werden. Ohne diese Maßnahmen wären im dritten Quartal 2016 nur 595 Beförderungen möglich gewesen.

Juni 2017 nutzen, um saubere und faire Grundlagen für Beurteilungen und Beförderungen in der Polizei zu schaffen.

Wohnungseinbrüche im ersten Halbjahr 2016 leicht gesunken

Nach den der GdP jetzt vorliegenden Zahlen für das erste Halbjahr 2016 ist die Anzahl der Wohnungseinbrüche in NRW leicht rückläufig. Die Gesamtzahl ging gegenüber dem ersten Halbjahr 2015 um 1445 Taten auf 32 121 Delikte zurück. Dies entspricht einem prozentualen Rückgang um 4,5 Prozent. In 19 Kreispolizeibehörden waren sinkende Zahlen zu verzeichnen. In 28 Kreispolizeibehörden stiegen die Zahlen an.

Bei der Einzelbetrachtung fällt auf, dass insbesondere in den Großpräsidien an Rhein und Ruhr, die im Vergleichszeitraum 2015 teilweise dramatische Anstiege zu verzeichnen hatten, die Zahlen rückläufig sind. So fiel die Zahl der Delikte in Duisburg um 11 Prozent, in Essen um 15 Prozent, in Düsseldorf um 22 Prozent, in Köln um 24 Prozent und in Gelsenkirchen sogar um rund 37 Prozent. Die Gründe dafür dürften insbesondere

darin liegen, dass in diesen Großbehörden die Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität erste Priorität erhielt. Gleichzeitig wurde aber auch der Personaleinsatz verstärkt bzw. umorganisiert. So wurden gemeinsame Ermittlungskommissionen gebildet, die Fachkommissariate verstärkt, Wohnungseinbruch zur gemeinsamen Aufgabe der Direktion Kriminalität und Gefahrenabwehr/Einsatz (GE) gemacht, die Bereitschaftspolizeien intensiv in den eigenen Behörden eingesetzt und gemeinsame Lagebilder erstellt.

So positiv auf der einen Seite die zu verzeichnenden Rückgänge sind, so besorgniserregend sind die Zuwächse in einigen Landratsbehörden. Zwar sind die Zahlen in der Summe nicht so hoch wie in den großen Präsidien, doch müssen hier die Entwicklungen im Auge behalten werden. Keinesfalls darf hingegenommen werden,

wenn es zu Verdrängungseffekten kommt. Insbesondere fallen die Anstiege in folgenden Landratsbehörden auf: Im Kreis Höxter stieg die Zahl der Delikte von 17 auf 86 (+ 400 Prozent), im Kreis Borken um 221 Delikte (+ 80 Prozent), im Kreis Warendorf um 200 Delikte (+ 56 Prozent), im Kreis Kleve um 169 Delikte (+ 51 Prozent) und im Kreis Herford um 101 Delikte (+ 49 Prozent). Diese Zahlen machen deutlich, dass die kleineren Behörden dringend einen Personalzuwachs benötigen!

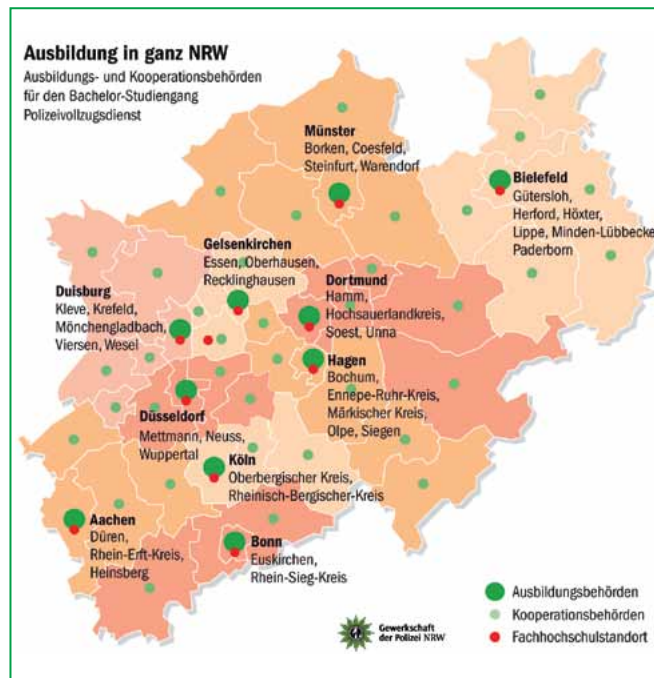
Natürlich bleibt nun abzuwarten, ob sich der Trend in der zweiten Jahreshälfte bestätigt. Die Zahlen liegen immer noch auf hohem Niveau und man wird auch analysieren müssen, wie sich die Aufklärungsquote darstellt. Fest steht jedoch, dass dort, wo massiv Personal eingesetzt und vor allem Präsenz gezeigt wird, die Zahl der Delikte zurückgeht.



Nachwuchsausbildung bei der NRW-Polizei:

1920 Kommissaranwärterinnen und -anwärter haben am 1. September ihr dreijähriges Studium für den Polizeivollzugsdienst begonnen. Ab 2017 werden es sogar 2000 Anwärter pro Jahr sein, neunhundert mehr als vor dem Regierungsantritt der ersten rot-grünen Landesregierung unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) vor sechs Jahren. Schon heute befinden sich fast 5000 Anwärterinnen und Anwärter gleichzeitig in der Ausbildung zum Polizeikommissar, ohne dass darunter der anerkannt hohe Standard der NRW-Ausbildung gelitten hat. Möglich ist das nur, weil alle an der Nachwuchsausbildung der Polizei Beteiligten enorme Kraftanstrengungen unternommen haben, um den jungen Kolleginnen und Kollegen eine gute Ausbildung zukommen zu lassen. Von den Dozenten und Lehrenden an der Fachhochschule und am LAFP über den Tutoren in den Polizeibehörden vor Ort bis hin zur Verwaltung. Darüber hinaus wurde der Studienverlaufplan für den Bachelorstudiengang Polizeivollzugsdienst frühzeitig auf die veränderten Rahmenbedingungen angepasst.

So sind im Studienverlaufplan für den im September gestarteten neuen Ausbildungsjahrgang längere zusammenhängende Praktika in den Polizeibehörden vor Ort vorgesehen, speziell auch beim Praktikum im Bereich K. Damit die Studierenden während ihrer Praktika auch entsprechende Rahmenbedingungen vor Ort vorfinden, setzt sich die GdP für eine angemessene Anzahl an Büroräumen, Spindeln, Waffenkammern und PCs ein. Das Musterraumprogramm reagiert mit ersten Optimierungen auf die steigende Zahl an Studierenden. Auch die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung hat mit der Eröffnung des neuen Standorts in Mül-



Damit die Polizeiausbildung in NRW möglichst praxisnah organisiert werden kann, sind die zehn Ausbildungsbehörden über ganz NRW verteilt. Wegen der steigenden Zahl der Kommissaranwärterinnen und -anwärter kommt in diesem Jahr mit Mülheim an der Ruhr zudem ein achter Standort der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung hinzu.

heim an der Ruhr auf den stark gestiegenen Raumbedarf reagiert. Trotzdem dürfte es in den kommenden Jahren an vielen Orten eng werden. Auch bei der Besetzung der Streifenwagen mit einem dritten Mann oder einer dritten Frau.

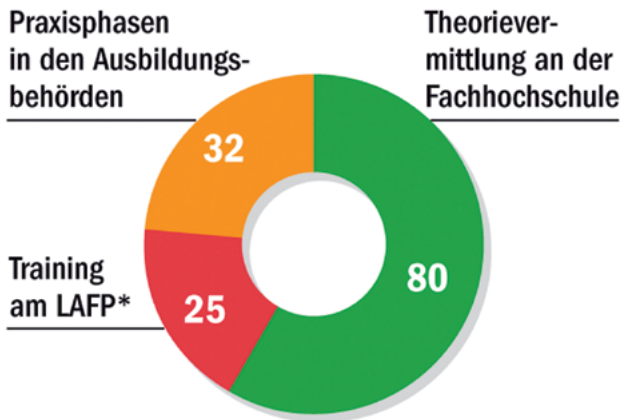
Trotz der damit verbundenen Belastungen ist überall in NRW bei den bereits länger ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen eine große Bereitschaft zu spüren, für die Neuen etwas enger zusammenzurücken und selber einen Beitrag zu ihrer Ausbildung zu leisten. Denn je besser die Ausbildung der neuen Kommissaranwärterinnen und -anwärter gelingt,



So viele gab es noch nie

Theorie und Praxis im Verbund

Ausbildungsanteile im Bachelorstudiengang
Polizeivollzugsdienst (in Wochen*)



* Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten



Im neuen Studienverlaufsplan für die Kommissarausbildung gibt es längere, zusammenhängende Praxisphasen in den Ausbildungsbehörden. Das Training am LAFP verkürzt sich dadurch auf 25 Wochen.

umso zügiger kommt die erhoffte Entlastung anschließend in den Behörden vor Ort an.

Dennoch gibt es das alles nicht zum Nulltarif. Auf einem Ausbildungssymposium im April dieses Jahres hatte die GdP deshalb darauf hingewiesen, dass neben den Lehrenden an der Fachhochschule und am LAFP vor allem den Tutoren eine entscheidende Rolle bei der Polizeiausbildung zukommt. Von ihrer fachlichen Qualifikation und ihrem per-

sönlichen Engagement hängt wesentlich ab, was die jungen Nachwuchspolizisten tatsächlich lernen. Deshalb muss die Tätigkeit der Tutoren besser anerkannt und wertgeschätzt werden, hatte GdP-Vorstandsmitglied Volker Huß auf dem Symposium gefordert. Denn gerade im Bereich K werden in den kommenden Jahren noch viele zusätzliche Tutoren benötigt.

Vieles ist schon auf den Weg gebracht und optimiert worden, doch die Frage von Ressourcen und Kapazitäten muss in allen Bereichen der Höhe der Einstellungszahlen angepasst werden, darüber muss sich die Politik im Klaren sein. Die Ausbildung der Kommissaranwärter muss für alle Beteiligten rundlaufen. Wie wichtig die vielen neuen Kolleginnen und Kollegen für die Polizei sind, verdeutlicht die aktuelle Nachrichtenlage. Denn nun gilt es nicht nur, die hohen Pensionierungswellen aufzufangen. Die neue Form des Terrors wird zukünftig viele zusätzliche Kräfte binden, die ansonsten in den Behörden fehlen würden.

Früh vernetzen!

Seit 2008 ist die Polizeiausbildung in NRW als Bachelorstudium organisiert. Wie in anderen Bachelorstudiengängen auch ist der Studiengang Polizeivollzugswesen aus Modulen aufgebaut, die jeweils mit einer Prüfung enden. Wird eine Einzelprüfung nicht mindestens mit einer ausreichenden Leistung abgeschlossen, kann das schnell das Ende der Polizeiausbildung bedeuten. Denn jede nicht bestandene Prüfung kann nur einmal wiederholt werden. Nur im Hauptstudium gibt es noch einen Joker, der eine zweite Wiederholungsprüfung möglich macht.

Regelmäßig scheitern an dieser Hürde rund neun Prozent aller Studierenden. Auch Kommissaranwärterinnen und -anwärter mit sehr guten Leistungen in den anderen Prüfungen sind immer wieder darunter. Deshalb rät die GdP allen Studierenden, die Prüfungen im Bachelorstudium Polizeivollzugswesen von Anfang an sehr ernst zu nehmen und sich gezielt auf die einzelnen Teilprüfungen vorzubereiten.

Damit die angehenden Polizistinnen und Polizisten ihr Studium erfolgreich abschließen, bietet die GdP ihnen vielfältigen Rat und Unterstützung an. Keine an-

dere Gewerkschaft hat ein derart dichtes Netzwerk von berufserfahrenen, dienstälteren Kolleginnen und Kollegen, die den Nachwuchspolizisten in allen Ausbildungsfragen zur Seite stehen. Das Netzwerk reicht von den Vertrauensleuten und den Personalratsmitgliedern der GdP in den Ausbildungs- und Kooperationsbehörden, im LAFP und an der Fachhochschule bis hin zu den Service- und Beratungsangeboten der Jungen Gruppe der GdP überall vor Ort.

Auch auf der GdP-Homepage stehen etliche Arbeitshilfen zum Download bereit, um die Hürden des Studiums erfolgreich zu meistern.

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de.



Erfolgreich durchs FHÖV-Studium NRW

Infos für Studienanfänger
Studienjahr 2016



Geht doch: Innenminister Jäger jetzt auch für Section Control in NRW



Seit mittlerweile fünf Jahren fordert die GdP die Einführung von sogenannten Abschnittsmessungen zur Geschwindigkeitsüberwachung (Section Control). Vor allem in Österreich und den Niederlanden, aber auch in einer Reihe weiterer europäischer

Länder ergänzt diese Technik seit Jahren mit Erfolg die herkömmlichen Maßnahmen zur Geschwindigkeitsüberwachung. Der Clou: Anders als beim Blitzer nützt kurzfristiges Abbremsen nichts, da die Durchschnittsgeschwindigkeit gemessen wird. Das beruhigt den Verkehrsfluss und reduziert die Geschwindigkeitsunterschiede zwischen den Verkehrsteilnehmern deutlich.

Wenn NRW das im Verkehrssicherheitsprogramm der Landesregierung selbst gesteckte Ziel einer Reduzierung der Zahl der schwerverletzten Verkehrsunfallopfer ausgehend von 2010 um 40 % bis 2020 erreichen will, wird es ohne neue Ansätze eng. Deshalb ist es gut, dass jetzt auch der NRW-Innenminister nach jahrelanger Skepsis Anfang August angekündigt hat, dass es jetzt doch den von der

GdP geforderten Probelauf in NRW geben soll.

Bevor das klappt, muss aber noch der kleinere Koalitionspartner in der Landesregierung überzeugt werden. Ausgerechnet die Grünen haben umgehend Bedenken angemeldet und davor gewarnt, Autofahrer unter Generalverdacht zu stellen. Diese reflexhafte Zurückweisung ist an zwei Stellen problematisch: Zum einen kann von einem Generalverdacht keine Rede sein, da die grundlose Erfassung persönlicher Daten in der aktuellen Gerätegeneration technisch praktisch ausgeschlossen ist. Zum anderen könnte man auf die Idee kommen, es werde mit zweierlei Maß gemessen: Bei der Einführung der Kennzeichnungspflicht für Polizisten weisen die Grünen den Vorwurf des Generalverdachts gegen Polizisten nämlich weit von sich.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss der Oktober-
Ausgabe ist der 6. September.**

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 8.9. Hans Doll, Köln
- 16.9. Martha Günther, Euskirchen
- 17.9. Rudolf Hoffmann, Wesel
- 30.9. Ruth Kuchhäuser, Wuppertal

91. Geburtstag

- 13.9. Harry Pusiol, Essen
- 20.9. Antoinette Raida, Bottrop
- 23.9. Herbert Hanke, Gelsenkirchen
- 27.9. Antonius Mettlicki, Solingen

92. Geburtstag

- 2.9. Helene Timpe, Bottrop
- 7.9. Lore Meißner, Verl
- 12.9. Edith Felsner, Duisburg
- 13.9. Elisabeth Soethe, Sendenhorst
- 16.9. Günther Herrmann, Kerpen
- 19.9. Luise Lüttgens, Geilenkirchen
- 27.9. Wilma Stücker, Bielefeld
Gertrud Tobias, Düsseldorf

93. Geburtstag

- 17.9. Gertrud Salewski, Lennestadt
- 20.9. Elisabeth Böhm, Münster
- 22.9. Franz Hupe, Duisburg

Hildegard Machholz,
Recklinghausen

- 26.9. Günter Link, Langenfeld
- 27.9. Heinz Tretting, Düren
- 28.9. Hans Siekmann, Bielefeld

94. Geburtstag

- 7.9. Hanna Wallek, Herne
- 9.9. Magdalena Natelberg, Hörstel
- 11.9. Rudi Garmann, Ahaus

95. Geburtstag

- 8.9. Marie Rothlübbers, Dorsten

96. Geburtstag

- 1.9. Inge Schmidt, Velbert
- 20.9. Johann Gebert, Illertissen
- 30.9. Josefine Winter, Garstedt

97. Geburtstag

- 9.9. Katharina Brune, Duisburg
- 12.9. Ernst Gräwinger, Wuppertal
- 13.9. Hedwig Probst, Bottrop
- 16.9. Hilda Horstmann, Dinslaken
- 25.9. Wilhelm Adorf, Frechen
- 26.9. Anneliese Goertz,
Mönchengladbach

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht
allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



Kein grundlegender Reformbedarf

Am 4. Juli legte das Innenministerium seine Schlussfolgerungen aus dem vor gut einem Jahr vorgelegten Ergebnisbericht der Expertenkommission „Bürgernahe Polizei – den demografischen Wandel gestalten“ vor.

Auch das Innenministerium spricht erwartungsgemäß nicht mehr von einem personellen Überhang bei der Polizei NRW. Vielmehr heißt es jetzt ausdrücklich: „Synergien – im Sinne von im Landes- bzw. Polizeihaushalt einzusparender Planstellen – sind aus Sicht des MIK NRW nicht gewollt.“ Im Gegenteil sollen in Zukunft erzielbare Optimierungen „perspektivisch zur Kompensation der gestiegenen und voraussichtlich stetig auch noch weiter steigenden quantitativen und

qualitativen Anforderungen für die Polizei NRW genutzt werden“.

Ein bisschen Veränderung soll es dann aber doch geben: Zum einen soll das LZPD „die Entlastung des Vollzugspersonals in den Direktionen Zentrale Aufgaben“ untersuchen. Hierfür ist eine Inspektion aller Kreispolizeibehörden in der zweiten Jahreshälfte 2016 angekündigt.

Mit Blick auf die äußere Aufbauorganisation plant das MIK eine Veränderung der Struktur der Kriminalhauptstellen und deren Umbenennung in Polizeihauptstellen. Als Eckpunkte stellt sich das MIK vor,

- dass die Direktionen Kriminalität in den den KHSt zugeordneten KPB in hinreichender Stärke erhalten bleiben,

- weiterhin Führungsaufgaben und -verantwortung ortsnah wahrgenommen werden können

- und überörtliche Zuständigkeiten aus qualitativen Erwägungen weiter konzentriert werden und die Einräumigkeit der KPB gewahrt bleibt.

Wie das dann konkret aussehen soll, wird die Arbeitsgruppe unter Beteiligung des PHPR ausarbeiten.

Hinzukommen soll die verstärkte Nutzung moderner Informationstechnologie. In diesem Zusammenhang wird eine IT-Strategie 2020 ebenfalls für die zweite Jahreshälfte 2016 angekündigt. Erst nach Abschluss der laufenden IT-Großprojekte wie MoWin, VIVA usw. soll eine „Agenda zur mobilen Digitalisierung der Polizei NRW“ in Angriff genommen werden.

Besserer Schutz bei Terrorlagen

Seit dem 8. August werden die Streifenwagen der Polizei mit besseren Überziehschutzwesten ausgestattet. Insgesamt schafft NRW 10 000 zusätzliche Westen an. Die GdP hatte bereits unmittelbar nach den Attentaten von Paris Verbesserungen bei der Schutzausstattung gefordert. Normalerweise wäre für die Beschaffung eine europaweite Ausschreibung erforderlich gewesen. Da unter diesen Voraussetzungen aber eine Beschaffung nicht innerhalb eines halben Jahres möglich gewesen wäre, hat die Landesregierung hierauf verzichtet. Das hatte die GdP auch von Anfang an gefordert.

Die neuen Schutzwesten bieten einen besseren Schutz gegen Projektile aus Langwaffen, ohne dass das zusätzliche Gewicht von immerhin 7,4 kg die Aktionsfähigkeit zu sehr einschränkt, und können damit in der aktuellen Bedrohungslage Leben retten. Das ist gerade für die Besatzungen der Streifenwagen wichtig: Sie sind im Zweifelsfall als erste am Einsatzort und müssen Erstmaßnahmen treffen, bis Spezialkräfte und Verstärkung vor Ort sind.

Bei der Beschaffung der neuen Schutzwesten haben nach dem Impuls der GdP alle Beteiligten von Anfang an an einem Strang gezogen. Das zeigt, was in der Polizei möglich ist, wenn alle Beteiligten gut zusammenarbeiten.

Die GdP trauert um Josefine Hein



Die ehemalige Landesfrauenvorsitzende der GdP Nordrhein-Westfalen, Josefine Hein, ist am 27. Juli im Alter von 56 Jahren in Münster gestorben.

Mit Josefine Hein verliert die GdP eine Kollegin, die über lange Jahre die gewerkschaftliche Frauenpolitik mitgestaltet hat. 1991 eingetreten in die GdP, war sie zunächst ab 1997 Beisitzerin im Landesfrauenvorstand. Ab 2001 war sie Landesfrauenvorsitzende bis 2005. In dieser Zeit war sie aufgrund ihres Amtes auch Mitglied des Landesbezirksvorstands. „Der gemeinsame Weg – Frauen und Männer in der GdP“, das war das Motto, mit dem sie damals als Landesfrauenvorsitzende antrat. Ein Motto, mit dem sie sich voll identifiziert hat und für das sie eintrat.

Die GdP verliert mit Josefine „Fine“ Hein eine engagierte Gewerkschafterin. Sie ging viel zu früh, wir werden sie in bleibender Erinnerung halten.



Senioren aktuell

Kreisgruppe Düren

7. September, Seniorentreffen, 14 Uhr, Restaurant Strepp am See, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach, Björn Hüllen vom DRK wird über das Thema „Betreuungsleistungen im häuslichen Bereich“ referieren.

Kreisgruppe Köln

15. September, 14 Uhr, Pfarrsaal St.

Georg, Georgstraße 2–4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln, Bernd Kohl gibt einen Überblick über die Tätigkeiten der GdP-Senioren im Bezirk und im Landes- und Bundesvorstand, die Beratungsstelle im PP Köln ist jeden ersten Dienstag im Monat von 9.30 bis 12.30 Uhr besetzt, Telefon 02 21/2 29-20 81, E-Mail senioren@gdp-koeln.de.

Glücksnummern des Monats

45 369

Jörg Junker, Aachen

45 270

Anna Sprenger, Düsseldorf

45 351

Manuel Hansmersmann, Gütersloh

45 370

Peter Leihe, Siegburg

Die Gewinner erhalten eine GdP „Power Bank“.



Demos in Köln pro und contra Erdogan.

Mehr als 2700 Polizistinnen und Polizisten waren am 30. Juli in Köln im Einsatz, um zu gewährleisten, dass die Großdemonstration von ca. 40 000 Anhängern des türkischen Präsidenten Erdogan, aber auch die Gegendemonstrationen rechtsstaatlich und friedlich verlaufen.

Die Unterstützer Erdogans demonstrierten gegen den Putschversuch des türkischen Militärs und für Demokratie. Dagegen hatten rechte und linke Gruppierungen demonstriert. Deren Teilnehmerzahl blieb mit jeweils ca. 250 allerdings weit hinter den Erwartungen zurück. Insgesamt gelang es der Polizei in Köln, diesen Großeinmarsch souverän und sicher über die Bühne zu bringen.



NACHRUFE

Hilde Schwark	20.06.1908	Bergisches Land	Eberhard Beinert	21.03.1951	Essen/Mülheim
Thomas Grottendieck	10.09.1958	Bielefeld	Maria Imdahl	12.06.1925	Essen/Mülheim
Rudolf Goetschel	14.03.1935	Bochum	Peter Schneller	29.07.1937	Herford
Johann Hochmuth	01.07.1932	Bottrop/Gladbeck	Rolf Vortriede	05.11.1927	Herford
Fritz Eggensperger	10.04.1924	Dortmund	Josef Roberg	07.02.1936	Märkischer Kreis
Walter Kettner	22.12.1932	Dortmund	Dieter Graus	15.05.1935	Mönchengladbach
Erwin Patzwald	21.01.1928	Dortmund	Katharina Hasenau	25.10.1923	Oberhausen
Ewald Paul	02.11.1938	Düsseldorf	Paula Wagner	23.02.1928	Paderborn
Martina Schwan	28.03.1960	Duisburg	Udo Voigt	25.07.1939	Unna
Lothar Schulz	04.12.1926	Erfthkreis	Margarete Bischoffs	05.06.1933	Wesel

